

## Nach Planungsstopp für A-26-Anschluss: So reagiert die Politik

Von Karsten Wisser

**BUXTEHUDE. Eine Woche nachdem das Verwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für die Rübker Straße als Autobahn-Zubringer für Buxtehude aufgehoben hat, haben sich die Kreistagsfraktionen zum Ergebnis und zur Frage, wie es weitergehen kann, geäußert.**

Wie es in Sachen Autobahn-Zubringer für Buxtehude weitergeht, entscheidet der Kreis als Straßenbaulastträger – und damit am Ende die Politiker im Stader Kreistag. Deshalb ist es interessant, wie sich die Fraktionen jetzt in Stellung bringen. Landrat Michael Roesberg hat, wie berichtet, bereits gesagt, dass er in die nächste Instanz vor das Obergericht Lüneburg gehen möchte, wenn die Bewertung der schriftlichen Urteilsbegründung dies herbeiführt. Die schriftliche Version des Urteils soll bis Weihnachten vorliegen.

So sieht das auch die CDU-Kreistagsfraktion. „Es war richtig, die Planung für den Ausbau der Rübker Straße voranzutreiben“, sagt der CDU-Fraktionschef Helmut Dammann-Tamke. Er empfindet auch die Schuldzuweisungen in Richtung Kreisverwaltung als unfair. Er sieht eine Mitschuld für die verfahrenere Situation bei der Stadt Buxtehude. Sie habe nichts unternommen, um das absehbare Nadelöhr Rübker Straße zu entschärfen, sondern dafür gesorgt, dass dieses Nadelöhr immer enger geworden sei. Auch die CDU wolle die schriftliche Urteilsbegründung abwarten, um dann zu entscheiden.

Die SPD-Kreistagsfraktion will sich auch erst nach dem schriftlichen Urteil festlegen. „Aber wir werden es auch von unabhängigen Experten prüfen lassen“, sagt SPD-Fraktionschef Björn Protze. Klar sei, dass Buxtehude eine eigene Abfahrt brauche und gegebenenfalls die Planungen für die Variante Ostumgehung schnell vorangetrieben werden müssten.

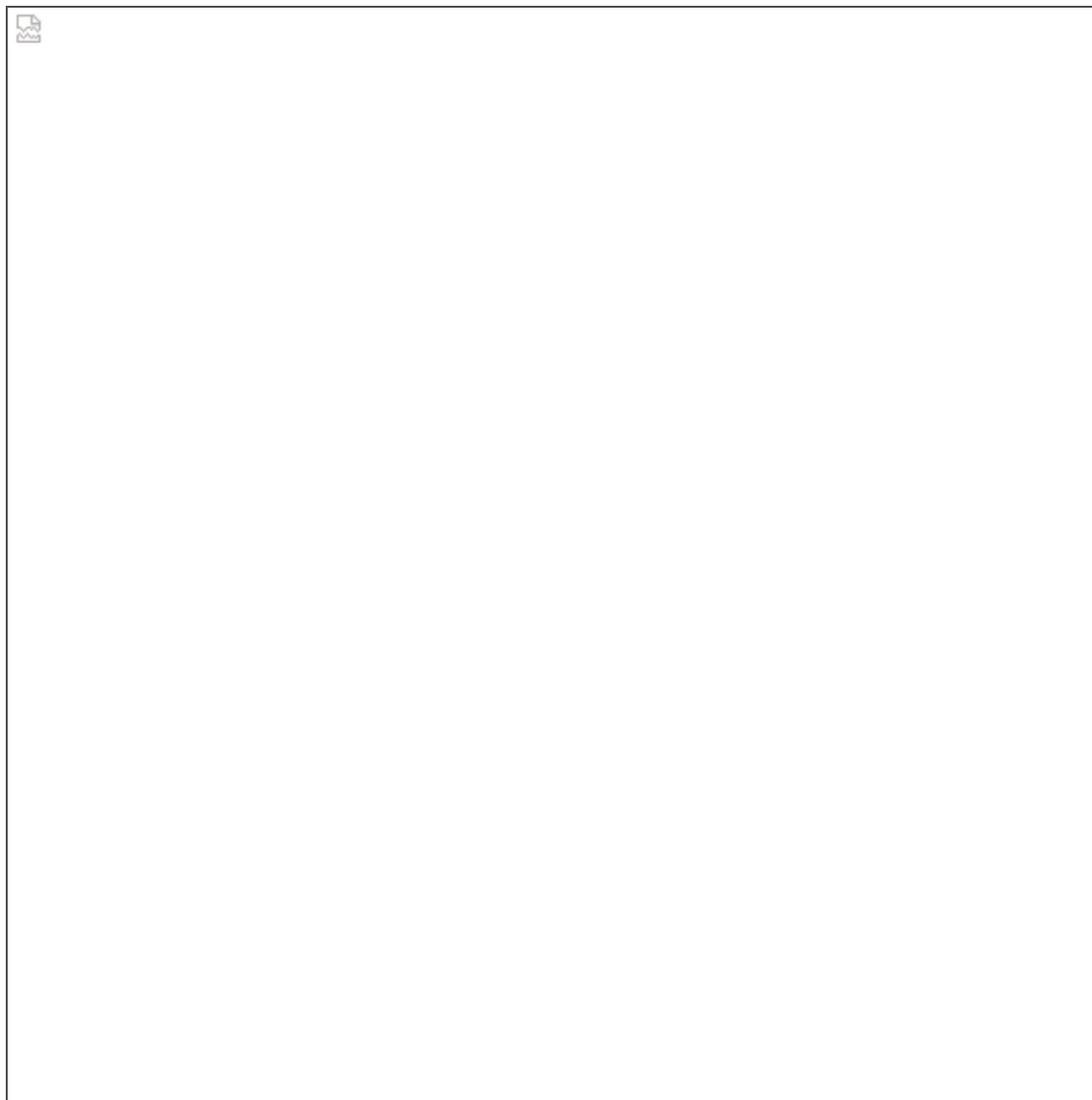
### Grüne sehen inhaltliche Kritik an Planung bestätigt

Die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist die einzige, die sich vorbehaltlos über das Urteil freut. „Wir begrüßen die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses für den Autobahnzubringer Buxtehude“, sagt die Grünen-Abgeordnete Karin Aval. Sie sähen ihre inhaltliche Kritik an der Planung

zu 100 Prozent bestätigt. „Die Grünen haben von Anfang an eine Autobahnabfahrt Buxtehode Mitte abgelehnt, weil es hierfür an dieser Stelle keine vernünftige Lösung gibt“, so Karin Aval. Eine Alternativtrasse, die das Vogelschutzgebiet „Moore bei Buxtehode“ tangiert, wurde auch in einem eigens vom Landkreis beauftragten Rechtsgutachten als nicht durchsetzbar eingestuft.

„Wir meinen, dass zwei Abfahrten in unmittelbarer Nähe der Stadt ausreichen.“ Der sich zurzeit in der Abstimmung befindliche Kreishaushalt müsse nun entsprechend geändert werden. Rund fünf Millionen Euro für geplante Planungs-, Grunderwerbs- und Baukosten allein für 2020 seien nun nicht mehr erforderlich. Insgesamt wären für die nächsten Jahre über 18 Millionen Euro für den Bau des Autobahnzubringers eingeplant. Dieses Geld könnte nun für andere Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Freie Wählergemeinschaft will wie CDU und SPD erst einmal die schriftliche Begründung abwarten, signalisiert aber auch, dass sie bereit ist, in die Planung für die Ostumgehung einzusteigen. „Und die Stadt Buxtehode muss sich jetzt überlegen, in welcher Form sie sich an den Kosten für eine Umgehung beteiligen will“, sagt FWG-Fraktionsvorsitzender Uwe Arndt.



*Zum Vergrößern auf die Karte klicken. Viele Alternativen, aber keine überzeugt restlos. Neben dem Ausbau der Rübker Straße sind mehrere Varianten für eine Anbindung der Hansestadt Buxtehude an die Autobahn untersucht worden. Unter anderem führte das Vogelschutzgebiet „Moore in Buxtehude“ (grüne Fläche) dazu, dass eine Umgehungsstraße (Variante 2f) letztlich verworfen wurde.*

Die Gruppe FDP-Piraten geht bereits jetzt auf Konfrontationskurs zum Landrat, fordert in einem Antrag die sofortige Einstellung der Planung für den Ausbau der Rübker Straße und den Einstieg in die Realisierung der Ostumgehung. Entgegen den Ausführungen des Landrats sei die FDP der Ansicht, dass eine Korrektur der Entscheidung des Verwaltungsgerichts sehr viel Zeit und auch Geld kosten würde, so FDP-Mann Peter Rolker. „Wir sind der Meinung, im klaren Gegensatz zu den Grünen, dass Buxtehude unbedingt einen Autobahnanschluss erhalten muss.“ Nur kurze Wege zur Autobahn entlasteten Kreis- und Gemeindestraßen und damit die Anwohner.

Rolker: „Um es deutlich zu sagen: Wir sind nicht froh, sondern bedauern, dass so viel Energie und auch Kosten in eine Planung gesteckt wurden, die man nur als Monsterplanung wider eines gesunden Menschenverstands bezeichnen kann.“ Wenn man Naturschutzbelange so extrem über die Urbedürfnisse des Menschen stelle, dann habe man am Ende solche absurden Ergebnisse. Diese Position und den Antrag unterstützt auch die Linksfraktion im Kreistag. „Wir wollten die Autobahn nicht, aber jetzt wo sie da ist, muss man sie sinnvoll an die Stadt anbinden“, sagt Linken-Fraktionschef Benjamin Koch-Böhnke. Das geht aus seiner Sicht nur über eine Ostumgehungsstraße. Koch-Böhnke: „Das fordern wir seit Jahren.“

Die AfD-Kreistagsfraktion will sich ebenfalls erst nach einer Bewertung des Urteils festlegen, sollte die Rübker Straße nicht ausgebaut werden können, würde die AfD laut ihrem Buxtehuder Kreistagsabgeordneten Helmut Wiegers auch den Bau einer Ostumgehung favorisieren. Wiegers fordert außerdem, dann gleich noch einen Vorschlag der Grünen mit umzusetzen und das Gewerbegebiet Lüneburger Schanze an die B 73 anzuschließen. So würde zwischen Anschlussstelle, Ostumgehung, Kreisel Harburger Straße Ostmoorweg und Bundesstraße eine direkte Verbindung entstehen.